



Newsletter Hochschule und Wissenschaft, Ausgabe 61, 18.06.2010

Rot-Grüne Koalition beschließt zweites Hochschulreformgesetz

„Ich freue mich, dass wir hier heute das zweite Hochschulreformgesetz beschließen werden“, eröffnete Silvia Schön, für Wissenschaft und Hochschulen zuständig, gestern ihren Redebeitrag, „und damit ein modernes und innovatives Reformwerk auf den Weg bringt, über das wir mehr als zwei Jahre in der Koalition diskutiert haben und alle Fürs und Widers mit den Hochschulen abgewogen haben.“

Die wesentlichen Punkte sind bereits in den Berichten der April-Sitzungen aufgeführt, siehe unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/336/336598.die_sitzungen_im_april_2010.html

Zwischen der ersten und zweiten Lesung hatte sich der Wissenschaftsausschuss mit dem Gesetz befasst. Dort war auch Gelegenheit, Änderungsanträge zu stellen und zu beraten, was CDU und FDP nutzten. Die Fraktion DIE LINKE hingegen legte erst nach der abschließenden Ausschussbefassung sechs umfangreiche Änderungsanträge vor, auf die Silvia Schön in der Debatte einging. „Es ist schade, dass die Linke weder an der Ausschussberatung teilgenommen hat noch dem Ausschuss ihre Anträge zur Beratung zur Verfügung gestellt hat. Dass sie jetzt erst drei Tage vor der abschließenden Beratung mit sechs Anträgen kommen, in denen Sie grundsätzliche Dinge beschließen wollen, zeigt mir nur, dass Sie an einer ernsthaften parlamentarischen Meinungsbildung kein Interesse haben. Sie wollen lediglich, dass Ihre politischen Botschaften, die Sie in den Antragsüberschriften zusammengefasst haben, hier abgelehnt werden. Das ist offenbar für Ihre politische Arbeit sinnvoller, als sich in der Sache im Ausschuss auseinanderzusetzen.“

„Wir werden Ihre Anträge ablehnen, weil

- ein allgemeines politisches Mandat leider rechtlich nicht möglich ist, wenn man die Zwangsmitgliedschaft beibehalten will;
- gegenwärtig alle Bachelor-Studierenden im Master weiterstudieren können, der Antrag also überflüssig ist. Eine Benotung wollen wir per Gesetz nicht ausschließen, denn unbenotet wird faktisch als »4« gewertet. Das bedeutet Nachteile für Studierende bei der Bewerbung an einer anderen Hochschule oder um einen Arbeitsplatz;
- wir tarifliche Vereinbarungen nicht politisch festlegen wollen, dafür gibt es ja Tarifpartner;

- mehr Mitspracherechte für Studierende wollen wir auch, nur die Instrumente, die Sie vorschlagen, sind verfassungsrechtlich nicht möglich;
- und über Rüstungsforschung können wir uns gerne im Ausschuss unterhalten. Da gibt es ein großes Interesse auch von unserer Seite. Aber dann nennen Sie Ross und Reiter. Ich lade dann gerne ein.“

Die grüne Bürgerschaftsfraktion hatte im November 2009 anlässlich des zehnten Jahrestags Bologna-Prozess ein Positionspapier veröffentlicht, das Sie im Anhang finden. Dort sind sechs Punkte aufgeführt, wo wir Nachbesserungsbedarf sehen bzw. gesehen haben.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die
Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.